



Rechtsausschuss

15. Sitzung (öffentlich)

13. Juli 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:30 Uhr bis 14:25 Uhr

14:45 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Aktuelle Viertelstunde

5

hier: **Misshandlungen an der Justizvollzugsschule** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP; s. Anlagen 1 und 2)

Bericht des Justizministers

Diskussion

1 Beschluss des Rechtsausschusses nach § 6 der Verschluss- sachenordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen (s. Anlage)

38

(s. dazu auch APr 15/235)

Diskussion

Die Fraktionen von CDU und FDP verzichten auf die Benennung jeweils einer zur Einsichtnahme berechtigten Person.

Die Fraktion der SPD benennt Sven Wolf, die der GRÜNEN Matthi Bolte und die der LINKEN Anna Conrads.

Dagegen erhebt sich aus dem Ausschuss kein Widerspruch.

2 Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren 41

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1312

– abschließende Beratung und Abstimmung –

(s. a. APr 15/228 – Anhörung von Sachverständigen in öffentlicher
Sitzung)

Gegen den an den Vorsitzenden herangetragenen und von
diesem verkündeten Wunsch, die abschließende Beratung
und Abstimmung auf die Sitzung des Ausschusses am 21.
September zu vertagen, erhebt sich kein Widerspruch.

**3 Erprobung und Einbau sogenannter Mobilfunkblocker in NRW-
Justizvollzugsanstalten (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s.
Anlage) 42**

Bericht des Justizministers

Diskussion

**4 Aus Sicherungsverwahrung entlassener Sexualstraftäter bezieht
Hotelzimmer in der Nähe von Schule und Kindergarten (TOP
beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) 45**

Vorlage 15/696

(keine mündliche Behandlung)

**5 Juristen fordern Sonderdezernate für Straftaten gegen pflege-
bedürftige Menschen (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s.
Anlage) 46**

Bericht des Justizministers

Diskussion

- 6 Panne am Landgericht Aachen: Brutaler Macheten-Täter entwischt!** **49**
(TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage)
Vorlage 15/747
Diskussion
- 7 Ermittlungen gegen Richter des Amtsgerichts Solingen** (TOP **51**
beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage)
Vorlage 15/748
(keine mündliche Behandlung)
- 8 Zukünftige Unterbringungsorte für sicherungsverwahrte Straftäter** **52**
(TOP beantragt von der Fraktion der CDU)
Bericht des Justizministers
- 9 „Fall Monika H.“ – Gewaltvorwürfe gegen Polizei, Ermittlungen der Staatsanwaltschaft** (TOP beantragt von der Fraktion DIE LINKE; s. **55**
Anlage)
Bericht des Justizministers
Diskussion
- 10 Justizzentren Gelsenkirchen und Herne** (TOP beantragt vom **60**
Justizminister; s. Anlage)
Bericht des Justizministers
- 11 Verschiedenes** **62**
a) **Verlegung des Sitzungstermins 9. November 2011 auf den 8. November 2011, 14 Uhr**

Gegen die vom Vorsitzenden vorgeschlagene und in der
Obleuterunde vereinbarte Verlegung des Sitzungstermins
9. November 2011 auf den 8. November 2011, 14 Uhr,
wegen der am 9. November stattfindenden Justizmi-

nisterkonferenz erhebt sich aus dem Ausschuss kein Widerspruch.

b) Protokollauszug

62

Gegen den Wunsch des Vorsitzenden, von der Aktuellen Viertelstunde einen vor Fertigstellung des Gesamtprotokolls zu verteilenden Protokollauszug erstellen zu lassen, erhebt sich kein Widerspruch.

* * *

2 Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1312

– abschließende Beratung und Abstimmung –

(s. a. APr 15/228 – Anhörung von Sachverständigen in öffentlicher Sitzung)

(vom Plenum am 25. Februar 2011 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss überwiesen)

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt mit, der federführende Innenausschuss berate nicht morgen, sondern erst am 22. September abschließend. Der Rechtsausschuss könnte sein Votum aufgrund dessen auch noch in seiner Sitzung am 21. September abgeben.

Gegen den an den Vorsitzenden herangetragenen und von diesem verkündeten Wunsch, die abschließende Beratung und Abstimmung auf die Sitzung des Ausschusses am 21. September zu vertagen, erhebt sich kein Widerspruch.

